

evangelischen Kirche dürfte manchem SED-Funktionär Schwierigkeiten bereiten. Die atheistische Propaganda wird weiter gedämpft werden müssen, und: wenn man halbwegs glaubwürdig bleiben will, wird man auch von anderen kirchlichen Führungspersonen

und der Kirche selbst ein differenzierteres Bild zeichnen müssen. Man kann schlecht die Kirche als Hort der Reaktion diffamieren, wenn man den Reformator Luther als einen der größten Söhne des deutschen Volkes und Humanisten feiert.

H. P.

## ČSSR: Verhärtung oder Einlenken?

Der Vorhang vor der kirchenpolitischen Bühne in der ČSSR ist gefallen; jetzt erwartet, erhofft, befürchtet man eine neue Szenerie nach den im Januar in der römischen Kurie geführten Gesprächen einer Prager Regierungsdelegation. Niemand weiß, ob sie kommt, wie sie aussehen wird, andere – auch Kardinal Tomášek von Prag – sprechen offen von einem Fiasko. In der Kurie müssen jedoch bestimmte Hoffnungen vorherrschend gewesen sein, daß bei den letzten Gesprächen doch ein Schritt vorwärts gemacht wurde, der auch die Bestätigung durch die Parteiführung erhalten werde. Der Presseerklärung zufolge waren die Gespräche sehr offen und wirklichkeitsnah geführt worden. Die in Rom gehegten Erwartungen haben sich jedoch, bis jetzt wenigstens, nicht erfüllt. Und der für Kirchenfragen im Ministerrat in Prag zuständige Minister *Lúčan* äußerte auf dem Kongreß der Priestervereinigung „Pacem in terris“ (5. bis 8. Februar) in lässiger Weise: es sei kein Unglück, wenn im Januar noch keine konkreten Ergebnisse erreicht worden seien, weil das beiderseitige Verständnis eben noch Zeit und Geduld benötige. Mit dieser Erklärung und der Ankündigung weiterer Verhandlungen bleibt ungeklärt, warum diese Suche nach „Verständnis“ bereits mehr als 15 Jahre andauert und dennoch erfolglos geblieben ist. Ansonsten schien nach der *Polizeiaktion* im vergangenen September innerhalb des staatskirchlichen Geschehens Ruhe eingetreten zu sein (vgl. HK, Januar 1980, S. 13 ff.), jedenfalls kam es zu keinen weiteren Maßnahmen in derselben Richtung; fast alle damals Verhafteten sind wieder auf freiem Fuß, die „Ermittlungen“ gehen jedoch weiter. Einer der Betroffenen, der Pra-

ger Theologe *Josef Zvěřina*, verteidigte in einer sehr mutigen schriftlichen Eingabe seine Handlungsweise.

Auf der Sitzung des Erweiterten Plenums des ZK der KPČ am 25. und 26. März war aus dem Munde von Minister *Lúčan* ein wohl noch nie an dieser Stelle ausgesprochenes Lob der im Lande tätigen Kirchen zu hören. *Lúčan* zollte deren Friedensarbeit besondere Anerkennung. Es drängte sich dabei freilich die Frage auf, ob der Minister nicht ausschließlich die *im Sinne der Parteiführung* geleistete „Friedensarbeit“ gemeint hat, wie sie in allen Kirchen des Landes von einzelnen Gruppen von Geistlichen im Sinne der Parteideologie vertreten wird. Auf der damaligen Sitzung des ZK hielt der Chefideologe *Bilák*, das Haupt des am meisten moskauhörigen Flügels im ZK der KPČ, das Hauptreferat, das vor allem ideologischen Problemen gewidmet war, dann aber sehr stark auch wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund rückte. Die Betonung der ideologischen Arbeit im Sinne der „Erkenntnisse aus den Krisenjahren 1968/69“ wird angesichts der Ankündigung gewisser Lockerungen im starren und zentral gelenkten Wirtschaftssystem ab Beginn des nächsten Jahres besonders verständlich. In der an das Referat von *Bilák* anschließenden Diskussion trug *Lúčan* sein Lob über die Friedensarbeit der Kirchen vor. Bedenkt man, daß solche „spontanen Diskussionsbeiträge“ von einer rigorosen Taktik ferngesteuert sind, so müßte einem auffallen, daß das Parteiblatt „*Rudé právo*“ wie von allen anderen Diskussionsbeiträgen auch von den Ausführungen des Ministers für Kirchenangelegenheiten ein kurzes *Résümee* brachte (26. 3.), daß aber, als in der nächsten Nummer der volle

Wortlaut der Reden veröffentlicht wurde, der von Minister *Lúčan* nicht dabei war. Auch das Organ der „Volkspartei“ brachte kein Wort darüber und – das Verwunderlichste – selbst führende Mitglieder der Friedenspriesterbewegung zeigten sich darüber nicht informiert.

Noch ist unbekannt, auf welches taktische Ziel Minister *Lúčan* hingearbeitet hat. Denkbar ist, daß damit die Funktionärskader unterhalb der obersten Parteiführung auf einen *bevorstehenden Kompromiß* mit der katholischen Kirche vorbereitet werden sollten, um angesichts der weitergehenden Atheismus-Propaganda durch eine überraschende Öffnung der Parteit Spitze zur Kirche hin nicht verwirrt zu werden. Wenn diese Interpretation richtig ist, wäre für den Herbst doch noch eine „Vereinbarung“ zwischen Staat und Kirche zu erwarten. Die neue Öffnung wäre dann zugleich näher an „Madrid“ und damit optisch stärker wirksam, falls es infolge der gegenwärtigen internationalen Konstellation zur zweiten Nachfolgekonzferenz zur KSZE-Konferenz von Helsinki überhaupt noch kommt. In die gleiche Richtung weist auch das auffällige Bemühen eines tschechoslowakischen Diplomaten, die im „*Rudé právo*“ nur ganz kurz erwähnte Aussage *Lúčans*, westlichen Gesprächspartnern gegenüber breiter darzustellen und inhaltlich mit dem Hinweis zu ergänzen: auch innerhalb der Kirchen hätten in den letzten Jahren sich manche Veränderungen ergeben, die auch auf die konkrete Kirchenpolitik des kommunistischen Staates sich auswirken müßten.

Zu registrieren ist in dem Zusammenhang auch noch ein anderer, auf seine Weise überraschender Vorgang: das aufsehenerregende Interview von Kardinal Tomášek, das in der italienischen katholischen Zeitschrift „*il regno*“ (15. 4. 80) veröffentlicht worden ist. Tomášek selbst nannte es später nur ein „Gespräch“. In einer überraschend offenen Weise äußerte sich der einundachtzigjährige Erzbischof von Prag darin zu einigen brennenden Problemen in der Kirche seines Landes. Er verwies auf die zehn unbesetzten Bistümer, auf die seit vielen Jahren

so unheilvoll sich auswirkende Minderung des Priesternachwuchses in den ohnedies priesterarmen Diözesen, auf die seit 1950 totale Liquidierung aller katholischen Ordensgemeinschaften. Sehr offen sprach der Kardinal auch von der Priestervereinigung „*Pacem in terris*“, die er unmißverständlich als eine „vollständig, ich betone vollständig vom Staat abhängige Vereinigung“ bezeichnete, die jeden Kontakt mit den Bischöfen meide und für die Kirche nichts tue. Er wisse jedoch auch, daß die meisten Geistlichen, die sich ihr angeschlossen haben, nur rein äußerlich in dieser Vereinigung stehen, um in der Seelsorgearbeit weniger von den Kirchensekretären behindert zu werden; übrigens dürfte nur ein Drittel irgendwie sich an ihren Veranstaltungen beteiligen. Sie sei jedoch „absolut nicht“ schismatisch, keine „Vaterländische Kirche“ chinesischen Typs.

Wenige Wochen nach der Veröffentlichung des Interviews brachte „*Rudé právo*“ ein „Dementi“ der amtlichen Prager Nachrichtenagentur ČTK, in dem der Kardinal sachlich nichts zurücknahm, in dem es aber hieß, die Veröffentlichung in der italienischen Zeitschrift enthalte Aussagen, die gemacht zu haben der Kardinal sich nicht erinnere. Wahrscheinlich mußte für Prag ein solches ‚Dementi‘ her, um Moskau zu beschwichtigen, denn auf die Frage nach der allgemeinen Lage in seinem Lande, antwortete der Kardinal ebenso kurz wie freimütig: „Wie soll es einem Lande gehen, das von der Roten Armee überwacht wird!“

Fast aggressiv äußerte sich Kardinal *Tomášek* allerdings auch über *tschechische Emigranten*. Sie seien, so der Kardinal sinngemäß, vor der Verantwortung geflohen, verstünden die Lage des Landes nicht mehr und sollten jetzt besser schweigen. Man wird dieses Urteil in etwa verstehen, wenn man bedenkt, wie von Männern der Emigration auch die „Hierarchie“ bisweilen verdächtigt oder gar angeklagt wird. Aber es könnte auch sein, daß darin noch der eine oder andere Konflikt zwischen dem Erzbischof und inzwischen emigrierten Katholiken nachwirkt. Jeder weiß schließlich, wie schwer es unter den Bedingungen der ČSSR heute ist, selbst unter Katholiken gegenseitig Vertrauen zu wahren. An ein Ereignis, das dies aufzeigt, erinnerte der Kardinal in seinem Interview: an den fehlenden Kontakt mit dem Staatspräsidenten. Vor Weihnachten hatte er *Gustav Husák* um eine Audienz gebeten; in seinem Schreiben brachte er auch einige Beschwerdepunkte wegen ungerechtfertigter Eingriffe in das kirchliche Leben vor. Aber der Kardinal wurde weder einer Audienz noch einer Antwort gewürdigt, wohl aber wurde er nach Weihnachten in das Kirchensekretariat zitiert. In dem dort geführten Gespräch wurden ihm nicht nur Vorwürfe wegen seines Schreibens an den Staatspräsidenten gemacht, sondern der Kardinal auch persönlich verunglimpft, was in deren Umgebung erst allmählich bekannt wurde, sonst aber mit Schweigen übergangen wurde. So entstand Mißtrauen, und dem Kar-

dinal wurde fehlendes Eintreten für die Kirche vorgeworfen.

Angesichts dieser zweideutigen Augenblickssituation fiel ein *öffentlicher Hinweis des Papstes* besonders auf. In seiner Sonntagsansprache vom 18. Mai machte er nach einer Rückschau auf seine vorausgegangene Afrikareise einen längeren Exkurs zur Situation von Kirche und Kirchenvolk in der ČSSR (vgl. „*Osservatore Romano*“, 19./20. 5. 80). Er sprach von der besonderen Nähe zu dem Volke der ČSSR aufgrund seiner polnischen Herkunft, zeigte Sorge um die Wahrung der „Kohärenz des christlichen Zeugnisses“ der dortigen Katholiken und bat seine Zuhörer, sie möchten beten, damit dort die Gläubigen „volle Religionsfreiheit“ erhalten und der Zugang zum Priester- und Ordensberuf nicht mehr behindert werde. Wenn sie das täten, würden sie zugleich für das dortige Wohl von Staat und Gesellschaft beten, denn dieses selbst hänge nicht zuletzt von der Respektierung der Menschenrechte ab. Sagte das der Papst vor allem, um Prag an die Januar-Gespräche zu erinnern? Oder signalisierte er damit den Beginn einer „neuen“ Ostpolitik der ČSSR gegenüber? Der Papst hat bereits zur Genüge gezeigt, daß er den Mut hat, auch Staatsmännern gegenüber und vor internationalen Gremien auf verletzte Menschenrechte und verwehrte Glaubensfreiheit hinzuweisen. Eines haben die offenen Worte des Papstes auf dem Petersplatz auf jeden Fall bewirkt: die Gläubigen der ČSSR wissen sich von Rom nicht verlassen. J. N.

## Entwicklungen

### Ein Bekenntnis wird lebendig

#### Zum 450. Jubiläum der *Confessio Augustana*

Daß Jubiläen gefeiert werden, ist nichts Besonderes. Dennoch verdient das diesjährige 450. Jubiläum der *Confessio Augustana*, die am 25. Mai 1530 auf dem Augsburg-

Reichstag vor Kaiser Karl V. verlesen wurde, besondere Beachtung, auch über die Grenzen der lutherischen Kirchen hinaus. Schon rein quantitativ betrachtet, hat das Be-